

Mitteilungsvorlage

Bergische Symphoniker - Orchester der Städte Remscheid und Solingen / Gemeinsamer Bericht der Gesellschafter über die aktuellen Verhandlungen

Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Ausschuss für Kultur und Weiterbildung	23.04.2013	Kenntnisnahme
1	Haupt- und Finanzausschuss	25.04.2013	Kenntnisnahme

Öffentlichkeit

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Beteiligte Stellen

0.10 Verwaltungssteuerung
3.00 Fachdezernat Bauen, Landschaftspflege und Kultur

Finanzielle Folgen und Auswirkungen

Voraussichtlicher Aufwand und voraussichtliche Auszahlungen im laufenden Jahr und in Folgejahren

keine

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Ergebnis- und Finanzplan enthalten
entfällt

Produkt(e)

04.01.01 Teo Otto Theater und Galerie

Mitteilung der Verwaltung

Die nachfolgende Information wird zur Kenntnis genommen.

Mit dieser Vorlage geben die Stadtverwaltungen Remscheids und Solingens sowie die Geschäftsführung der Bergischen Symphoniker einen gemeinsamen Sachstand für die politischen Gremien der beiden Städte sowie die Gesellschafterversammlung der Bergischen Symphoniker zum aktuellen Ergebnis- und Verhandlungsstand – Stand: 18. April 2013 – zur Zukunftssicherung der Bergischen Symphoniker.

Am 17. Januar 2013 hat eine Gesellschafterversammlung der Bergischen Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH stattgefunden. Nach dieser wurde durch die Gesellschaft eine in der Versammlung abgestimmte Presseerklärung folgenden Inhalts verbreitet.

„Die Gesellschafterstädte der Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH wurden auf der heutigen Gesellschafterversammlung auch über den Sachstand des gemeinsamen Orchesters informiert und haben die weitere Vorgehensweise erörtert und vereinbart.

Es herrschte Konsens, einen Entwurf des Gesellschaftervertrages für die Beratungen der Räte der Städte Remscheid und Solingen zu erarbeiten.

Als nächster Schritt wurde die Geschäftsführung mit der unverzüglichen Durchführung von Haustarifverhandlungen zwischen der Deutschen Orchestervereinigung e.V. und dem Deutschen Bühnenverein beauftragt. Frau Oberbürgermeisterin Wilding und Herr Oberbürgermeister Feith haben ihre Bereitschaft erklärt, sich an den Gesprächen zu beteiligen.

Die Gesellschafterversammlung stimmte darin überein, es gelte für die Bergischen Symphoniker eine Zukunftsperspektive im Rahmen der Vorgaben der Gesellschafter zu entwickeln.

Bis zum Abschluss der Verhandlungen wurde Stillschweigen über die Gespräche und Verhandlungen vereinbart.“

Es fanden in der Folgezeit

- am 04.03. und am 08.04.2013 zwei Verhandlungen über einen neuen Gesellschaftsvertrag und
- am 26.02.2013 eine Verhandlung über einen Haustarifvertrag

statt.

Aufbauend auf den Ergebnissen der in den vorausgegangenen Monaten erfolgten Arbeitsgespräche zwischen den Verwaltungen – vgl. die jeweiligen Vorlagen in den Städten sowie der Bericht in der oben genannten Gesellschafterversammlung – gehörten neben dem Geschäftsführer der Bergischen Symphoniker der paritätisch besetzten Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Gesellschaftsvertrages die beiden Oberbürgermeister, die beiden Kulturausschussvorsitzenden (die Herren Humpert und Villwock), je ein weiteres Mitglied der Gesellschafterversammlung aus jeder Stadt (die Herren Daams und Wallutat) sowie weitere Verwaltungsmitarbeiter an.

Neben den Tarifparteien und dem Geschäftsführer der Bergischen Symphoniker nahmen an den Tarifgesprächen die beiden Oberbürgermeister mit ihren Büroleitern teil.

Für die politischen Gremien der Städte wurde vereinbart, in einer gemeinsamen Vorlage das Ergebnis der Gespräche vom 08.04.2013 darzustellen.

Folgende Behandlung in den politischen Gremien der Städte ist vorgesehen.

- Stadt Remscheid
 - Ausschuss für Kultur und Weiterbildung 23. April 2013
 - Haupt- und Finanzausschuss 25. April 2013

- Klingenstadt Solingen
 - Ausschuss für Kultur, Stadtmarketing und Tourismus 25. April 2013
 - Finanzausschuss 7. Mai 2013
 - Beteiligungsausschuss 13. Mai 2013
 - Haupt- und Personalausschuss 14. Mai 2013

Folgend wird der aktuelle Ergebnis- und Verhandlungsstand wiedergegeben.

Auf Grund der deutlich divergierenden Darstellungsgewohnheiten hinsichtlich Haushalt und Haushaltssicherungsplan (HSP) in den beiden Städten und der Notwendigkeit einer Konzernbetrachtung in Solingen werden die finanziellen Gesamtdarstellungen für die jeweilige Stadt in gesonderten, separaten Anlage dargestellt.

Grundfinanzierung der Gesellschaft

Die Grundfinanzierung der Gesellschaft, die bisher durch hälftige Verlustübernahme der beiden Gesellschafterstädte von bis zu je 1,9 Mio. Euro jährlich dargestellt wurde, wird umgestellt auf eine hälftige Festbetragsfinanzierung. Der jeweils jährlich zu tragende Festbetrag sind 1,65 Mio. Euro. Diese Regelung gilt für die Stadt Remscheid vom Geschäftsjahr 2013/14 der Bergischen Symphoniker. Für die Solinger Seite wird dieser Betrag unter Steigerung der jährlichen Ersparnis spätestens im Geschäftsjahr 2020/21 der Gesellschaft erreicht werden.

Hiermit wird sichergestellt, dass die Städte dauerhaft mit einem festen Betrag die Bergischen Symphoniker finanzieren. Es ist aber auch die Grundlage und Notwendigkeit gelegt, dass die Gesellschaft angehalten ist, weiterhin solide zu wirtschaften und hierdurch ggfs. erwirtschaftete Erträge sogleich wieder zurück „in die Musik“ fließen und nicht in die Haushalte; dies stärkt zudem die Attraktivität für die Drittmittelakquise.

In diesem Grundfinanzbeitrag sind die folgenden strukturellen Veränderungen enthalten.

- Absenkung der Zahl der Musikerstellen von 71 auf 66 unter Beibehalt des B-Status des Orchesters
- Haustarifvertrag mit einer Laufzeit von 10 Jahren mit
 - Verzicht auf die Zuwendung (Weihnachtsgeld) seitens der Musikerinnen und Musiker
 - Übernahme von Diensten bei den städtischen Musikschulen in Remscheid und Solingen
 - Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen
 - unbefristeter Gesellschaftsvertrag mit einer Kündigungsmöglichkeit mit einer Frist von fünf Jahren bei Ausschluss einer Kündigungserklärung während der Laufzeit des Haustarifvertrages
- Zentralisierung der Proben unter Anmietung des Probenraums „Am Bruch“ durch die Gesellschaft
- teilweise asynchrone Verteilung der Grundabnahme bei Steigerung der Erträgen am Markt

Übernahme der Geschäftsanteile der Stadt Solingen durch die BSG

Die Geschäftsanteile der Stadt Solingen an der Bergische Symphoniker – Orchester der Städte Remscheid und Solingen GmbH werden durch deren 100%ige Tochter Beteiligungsgesellschaft Stadt Solingen mbH (BSG) übernommen. Für den theoretischen Fall des Ausfalls der BSG werden deren Anteile durch die Stadt Solingen bzw. eine deren Mehrheitsgesellschaften übernommen.

Stiftung Bergische Symphoniker

Die beiden Städte (jeweils durch Übertragung von 0,9% Gesellschaftsanteilen an der Bergische Symphoniker GmbH) wollen gemeinsam mit den beiden städtischen Sparkassen sowie den Orchesterfreunde in beiden Städten (durch jeweils 25.000 Euro) eine Stiftung Bergische Symphoniker gründen; bei den vier Partner bedarf es hierzu auch noch entsprechender Gremienbeschlüsse.

Vertraglich soll geregelt werden, dass gegen entsprechende Finanzierungszusagen die Stiftung weitere Gesellschaftsanteile an der GmbH übernehmen kann; zunächst trifft die Stiftung keine Finanzierungspflicht.

Somit wird – neben der dauerhaften Sicherstellung einer Finanzierung der Bergischen Symphoniker mit einem festen Betrag durch die Städte – die Grundlage und Notwendigkeit gelegt, private Mittel zu akquirieren, die sicher „in die Musik“ fließen und nicht zu einer Absenkung der städtischen Zuschüsse führen.

Die sechs Stiftungsgründer sollten mit je einer Person im Stiftungsvorstand vertreten sein. Vornehmliche Aufgabe des Stiftungsvorstands wird die Anlage des Stiftungsvermögens sein.

Aufsichtsrat

Bei der Gesellschaft wird als zusätzliches Organ ein ehrenamtlicher und vergütungsfreier Aufsichtsrat gebildet. Hier soll die Stiftung zunächst mit einem Mitglied vertreten sein. Die anderen Mitglieder werden jeweils hälftig durch die jeweiligen Räte besetzt. Mit der Übernahme von weiteren Gesellschaftsanteilen von der Stadt Remscheid/der BSG sollte die Stiftung auch weitere Aufsichtsratsmandate von der Stadt Remscheid bzw. der BSG übernehmen.

Sonderwirkungen für die einzelnen Städte

Neben diesen strukturellen Veränderungen, die die Gesellschaft finanziell im Saldo entlasten und damit hälftig auch die beiden Städte, ergeben sich Sonderwirkungen für die einzelnen Städte, insbesondere für Remscheid, die im Folgenden dargestellt werden.

Die Zentralisierung der Proben im Probenraum „Am Bruch“ unter Übernahme der Finanzierung durch die Gesellschaft entlastet die Stadt Remscheid um diese Miete. Sie wird somit um 50.000 Euro jährlich entlastet. Durch die freiwerdenden Kapazitäten im Theater und Konzerthaus in Solingen werden dort Vermarktungsmöglichkeiten eröffnet. Die Solinger Verwaltung erwartet eine Einnahmesteigerung in Höhe von 25.000 Euro.

Die Grundabnahmen erfolgen bisher hälftig durch die Städte. In der Vergangenheit gab es immer wieder Verschiebungen zwischen den einzelnen Grundabnahmearten. Diese Veränderungen sollen in die neue Vereinbarung übernommen werden.

Die rhythmisierten Veranstaltungen (Haupt- und Schulkonzerte) sollen wie bisher abgenommen werden. Entsprechend des Einwohneranteils (58:42) sollen zukünftig die nicht- rhythmisierten Grundabnahmen (Musiktheater, Sonderkonzerte und Schulmusiken) verteilt werden. Hierdurch wird Remscheid um 70.000 Euro jährlich entlastet werden.

Der entsprechenden Belastung der Gesellschaft stehen dort zusätzliche freie Musikerdienste entgegen, die vermarktet werden können. Hierdurch soll dies für die Gesellschaft auf Sicht wirtschaftlich neutral gestaltet werden.

Die Eintrittspreise in Remscheid für Konzerte liegen nach Umsetzung der wechselseitigen HSP-Vorgaben unter denen in Solingen und sollen auf das Solinger Niveau angehoben werden. Hierdurch wird eine jährliche Einnahmesteigerung in Remscheid von 10.000 Euro erwartet.

Eine vakante Verwaltungsstelle bei den Bergischen Symphonikern ist zu besetzen. Diese sollte durch eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter der Remscheider Verwaltung besetzt werden, sofern die interne Ausschreibung zum Ergebnis führt. So würde der Remscheider Personaletat um 25.000 Euro entlastet.

Ferner kürzt Remscheid den Gastspieletat für das Teo Otto Theater um 50.000 Euro jährlich zu Gunsten der Bergischen Symphoniker.

Personalkosten

Die Personalkosten stellen mit bisher knapp 90% die größte Aufwandsposition des Orchesters dar. Auch wenn in diesem Bereich die meisten Einsparungen realisiert werden, wird dies die mit Abstand größte Position bleiben. Somit bleiben Tarifsteigerungen auch in Zukunft die größte Herausforderung der Gesellschaft. Eine Antwort – wenn auch vor allem perspektivisch – stellt hier die Stiftungsgründung dar. Die Tarifparteien streiten seit mehreren Jahren vor Gericht – mittlerweile vor dem Bundesarbeitsgericht; bisher obsiegt die Arbeitgeberseite – über die Übernahme der Abschlüsse des öffentlichen Dienstes. Die Bergischen Symphoniker zahlen als eines der wenigen Orchester auf der Basis einer Empfehlung der Tarifkommission des Deutschen Bühnenvereins auf der Basis der Tarifabschlüsse öffentlicher Dienst 2011. In der Prognoseplanung der Geschäftsführung sind ab dem Geschäftsjahr 2017/18 Tarifsteigerungen eingeplant worden.

Aktuell werden noch Detailfragen zwischen und mit den Tarifparteien einerseits sowie andererseits die entsprechenden vertraglichen Ausgestaltungen geklärt; hierzu gehören auch die **steuerlichen Fragestellungen**, insbesondere der disproportionalen Gesellschaftsfinanzierung.

Die notwendigen Beschlussvorlagen sollen mit dem entsprechenden Vorlauf so in die politischen Gremien eingebracht werden, dass die beiden Räte am 27. Juni in Remscheid und am 18. Juli 2013 in Solingen die erforderlichen Beschlüsse fassen können sowie im Nachgang die arbeits- und tarifrechtlich, gesellschaftsrechtlich, notariell und aufsichtsrechtlich notwendigen Schritte durchgeführt werden können, so dass zum Beginn des neuen Geschäftsjahr 2013/14 der Bergischen Symphoniker am 01. September 2013 die Symphoniker einer geregelten Zukunft entgegen sehen können.

Wilding
Oberbürgermeisterin

Anlage(n)

Anlage zum Zwischenbericht

